

14. MÄRZ 2025

Ökonomische Eigenständigkeit stärken – Maßnahmen zur fairen Verteilung von Sorgearbeit im Koalitionsvertrag verankern!

Das Bündnis Sorgearbeit fair teilen fordert von den künftigen Koalitionspartnern einen gleichstellungspolitischen Aufbruch für die faire Verteilung unbezahlter Sorgearbeit: Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stärken, muss die Übernahme von Sorgeverantwortung durch Männer gefördert werden. Entsprechende Maßnahmen müssen im Koalitionsvertrag verankert werden.



Zahlreiche Gender Gaps belegen, dass die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern bis heute nicht erreicht ist – trotz staatlicher Verpflichtung, diese durch geeignete Maßnahmen aktiv zu fördern. Die gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland sind die zentrale Ursache für die ungleiche Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit. Frauen haben dadurch im Vergleich zu Männern geringere Einkommen und Vermögen, weniger wirtschaftliche und politische Macht sowie ein deutlich höheres Armutsrisiko.

Geschlechtergerechtigkeit gelingt nur mit Partnerschaftlichkeit. Wir sind besorgt über die Retraditionalisierung von Rollenbildern, denen es nicht zuletzt aufgrund des Erstarkens

demokratiefeindlicher Tendenzen entschieden entgegenzutreten gilt.

Wir fordern, strukturelle Hürden abzubauen, die der partnerschaftlichen Verteilung unbezahlter Sorge- und Hausarbeit zwischen Frauen und Männern im Wege stehen, und gezielt Anreize für eine faire Verteilung zu setzen. Allen Menschen muss es unabhängig vom Geschlecht möglich sein, im Lebensverlauf ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern und zugleich Sorgearbeit für sich und andere Menschen zu leisten.

Wir appellieren eindringlich an die verhandelnden Parteien, die folgenden sechs Maßnahmen im Koalitionsvertrag zu verankern, mit finanziellen Mitteln zu hinterlegen und in der kommenden Legislaturperiode umzusetzen:

10 Tage Freistellung für Väter bzw. zweite Elternteile nach der Geburt eines Kindes mit vollem Entgeltersatz

Um Väter bzw. zweite Elternteile so früh wie möglich aktiv in die Betreuung und Erziehung des Kindes einzubeziehen, fordern wir die Einführung einer zehntägigen, voll bezahlten Freistellung nach der Geburt als eigenständige Leistung. Damit soll die partnerschaftliche Arbeitsteilung von Anfang an unterstützt werden.

Partnerschaftliche Ausgestaltung des Elterngeldes

Wir sprechen uns für die paritätische Aufteilung der Elterngeldmonate als neues Leitbild aus. Dieses Ziel soll durch die schrittweise Erhöhung der individuellen, nicht übertragbaren Elterngeldmonate erreicht werden. Wir befürworten zudem finanzielle Anreize für die paritätische Aufteilung je nach Anzahl der genutzten Elterngeldmonate. Um das Elterngeld existenzsichernd und sozial gerecht zu gestalten, setzen wir uns für die bessere Unterstützung von Eltern mit niedrigen Einkommen durch eine erhöhte Entgeltersatzrate ein. Außerdem sind Erhöhung und Anpassung des Mindest- und Höchstbetrags an die allgemeine Preisentwicklung erforderlich.

Bezahlte Freistellungen für informelle Pflege

Es muss Frauen und Männern möglich sein, sich um nahestehende pflegebedürftige Personen zu kümmern, ohne die eigene Existenzsicherung aufs Spiel zu setzen. Wir fordern

zusammengeführte, vereinfachte und verlängerte (Teil-) Freistellungsregelungen mit einer Entgeltersatzleistung für die Übernahme informeller Pflege von An- und Zugehörigen. Auch Pflegearbeit muss stärker zwischen den Geschlechtern umverteilt werden. Notwendig ist die sozial gerechte Ausgestaltung, damit Menschen mit kleinen Einkommen wegen der Übernahme von Pflege nicht in Armut rutschen.

Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und Individualbesteuerung für alle

Aktuell setzt das Steuerrecht in Ehen immer noch starke Anreize für das sogenannte Ernährermodell bzw. das Zuverdienermodell aus (meist männlichem) „Hauptverdiener“ und „Zuverdienerin“. Um die existenzsichernde Erwerbstätigkeit von Ehefrauen zu fördern, fordern wir die Abschaffung der Lohnsteuerklasse V und die Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag.

Öffentliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen

Um Paarfamilien mit Kindern, Alleinerziehende und Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf zu entlasten, fordern wir staatliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen. Wir schlagen ein Gutscheinsystem vor, das tarifgebundene sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse unterstützt. Qualifizierte haushaltsnahe Dienstleistungen müssen auch für Familien mit niedrigen Einkommen bezahlbar sein.

Schaffung von Rahmenbedingungen für geschlechtergerechte und sorgeorientierte Arbeitszeitmodelle

Wir setzen uns dafür ein, dass Phasen reduzierter Erwerbstätigkeit zur Übernahme von Sorgeverantwortung durch finanziellen Ausgleich und gesicherte Rückkehroptionen über den Lebensverlauf hinweg für alle Geschlechter zur Normalität werden. Dabei ist auf eine sozial gerechte Ausgestaltung zu achten. Im Anschluss an die Elterngeldphase müssen partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle durch Anreize gefördert werden. Hier sind neben der Politik auch die Sozialpartner gefordert. Vor allem Arbeitgeber*innen stehen in der Verantwortung, Arbeitsprozesse unter Berücksichtigung sorgearbeitsbezogener Anforderungen ihrer Beschäftigten zu gestalten.

Die faktische Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter ist zentral für die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und



Gesellschaft. Wir fordern einen gleichstellungspolitischen Aufbruch für die faire Verteilung unbezahlter Sorgearbeit, damit Frauen über den gesamten Lebensverlauf ein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften können und Männer mehr Sorgearbeit übernehmen.

Das Bündnis

Das zivilgesellschaftliche Bündnis Sorgearbeit fair teilen setzt sich für die geschlechtergerechte Verteilung unbezahlter Sorgearbeit im Lebensverlauf ein. Seine 32 Mitgliedsverbände haben sich zum Ziel gesetzt, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft für den Gender Care Gap und seine Auswirkungen zu sensibilisieren und sich für die Schließung der Sorgelücke einzusetzen.

Weitere Informationen: www.sorgearbeit-fair-teilen.de

Dem Bündnis gehören an:

- Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen
- Bundesforum Männer e.V.
- Bundesverband der Mütterzentren e.V.
- Business and Professional Women (BPW) Germany e.V.
- Care.Macht.Mehr
- Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz
- Deutscher Beamtenbund und Tarifunion – Bundesfrauenvertretung
- Deutscher Evangelischer Frauenbund e.V.
- Deutscher Frauenrat e.V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Hauswirtschaftsrat e.V.
- Deutscher Verband Frau und Kultur e.V.
- evangelische arbeitgemeinschaft familie e.V. (eaf)
- Evangelischer Fachverband für Frauengesundheit e.V. (EVA)
- Evangelische Frauen in Deutschland e.V.
- Forum katholischer Männer (FkM)
- Frauenwerk der Nordkirche
- GMEI Gender Mainstreaming Experts International
- Katholischer Deutscher Frauenbund e.V. (KDFB)
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) – Bundesverband e.V.
- Männerarbeit der EKD
- Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V.
- SKM Bundesverband e.V.
- Sozialdienst muslimischer Frauen e.V. (SmF-Bundesverband)
- Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Union deutscher Zonta Clubs
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.
- Volkssolidarität Bundesverband e.V.
- wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e.V.
- WIR! Stiftung pflegender Angehöriger
- Zukunftsforum Familie e.V.